Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beilagen: Jeden Montag „Feldpost", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Chronik „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Witzblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus, Hof, Garten", täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Russlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exped. z. Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch die Post bezogen 6 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2,10 M., viertelj. 6,30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: für Ausland 8 M., fürs Inland 8,20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, ferner im Ant. Zentrum Nr. 10181-10.185, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 99 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Ges.-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 108; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56 57; Rosenthaler Str. 48; Prinzenstr. 41; Kottbuser Damm 4; Schiffbauerdamm 4; Str. 8; Frankfurter Allee 61 62; Wilhelmstr. 9, Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 24; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 39; Halensee-Grunewald: Hectorstr. 9; Lichterfelde: Hauptstr. 23 24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 99; Tempelhof: Berliner Str. 104 5; Weißensee: Berliner Allee 52; Wilmersdorf: Uhlandstraße 98 99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 17; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 636.
41. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Sonnabend
14. Dezember 1912

Hierzu die Wochen-Beilage „Haus, Hof, Garten" Nr. 50.

Die Einflüsse des Balkankrieges auf China.

Der Schrei nach Geld. — Rußlands Arbeit in der Mongolei. — Der Argwohn gegen die Japaner. — Die bevorstehenden Wahlen. — Antrag auf Entrechtung der Zopfträger.

(Von unserem Korrespondenten.)

□ **Peking**, im November.

Die Stürme des Balkankrieges wehen bis hinüber nach China. Während in Europa die Aufmerksamkeit auf den Verteidigungskampf der europäischen Türkei gerichtet ist, gewinnt die Lage in China, teilweise dadurch beeinflußt, wieder ein sehr kritisches Aussehen. Durch die Zentralisierung der europäischen Interessen auf die Südostecke von Europa ist China frei geworden von dem bisher gleichmäßig von außen kommenden Druck, das Gleichgewicht ist gestört, China ist ohne Aufsicht und ohne jegliche Hilfe, auf sich selbst angewiesen.

Hilfe ist jetzt nötiger denn je. Der Schrei nach Geld droht zu einem Verzweiflungsschrei zu werden. Das Projekt der Crispschen 10-Millionen-Anleihe hat China schwer geschädigt, und es hat seinen guten Ruf und Kredit vor den elf Vertragsmächten von 1900 dadurch stark beeinträchtigt, daß es die Absicht bekannt gab, die Tientsiner Einkünfte der Salzgabelle an das Crispsche Syndikat zu überweisen, während es seit mehr als einem Jahre rückständig mit den Zahlungen an die elf Mächte für eine ältere Schuld war, für die die Salzzölle Chinas schon als Pfand herangezogen waren. Das neue Jahr naht mit drohenden Schritten heran, mit ihm die Begleichung der Konten. In China muß der Bürger gegen Jahresschluß seine Rechnungen bezahlen, und das zwingt die Regierung, auch dem Volke, seinen Beamten und den Militär gegenüber die notwendigen Verpflichtungen zu erfüllen. Geld muß also wieder einmal geschafft werden. Doch woher nehmen? Von Crisp ist wohl nicht mehr viel zu erwarten, und die sechs Banken grollen, denn unter den durch die neue Anleihe geschaffenen Verhältnissen ist es schwer zu entscheiden, unter welchen Bedingungen China jetzt eine große Anleihe gegeben werden kann. (Diese Bedingungen sind, wie wir gestern in unserem Handelsteil berichteten, allerdings endlich gefunden worden und liegen jetzt den Anleiheverhandlungen zugrunde, die seit gestern in London geführt werden. Danach soll die Salzsteuer zur Sicherung einer 25-Millionen-Anleihe dienen, welche die Sechsmächtegruppe gewährt. Mit dem Crispschen Bankkonsortium soll ein Uebereinkommen getroffen werden, sobald Chinas Zustimmung feststeht. D. Red.) Und auch wenn man einen Weg aus dieser schwierigen Lage findet, werden selbst die mächtigen sechs Banken imstande sein, Geld für China aufzutreiben? Europa verschließt jetzt seine Geldquellen, die Gefahren des Balkankrieges zwingen die Börsen zur Mobilmachung. In kaufmännischen Kreisen hat man schon in den letzten Wochen den tötenden Einfluß gespürt, den der Balkankrieg auf den internationalen Handel mit China hat. Wird der Finanzmann, der noch viel mehr die politischen Konstellationen und Perspektiven in Betracht ziehen muß, dem Notschrei Chinas nach Geld willfahren?

Der Hutuktu von Urga hat im vorigen Jahre unter russischem Einfluß seine Unabhängigkeit erklärt. Er hat sich zum Herrscher der Mongolen ausgerufen und jetzt kürzlich Rußlands offizielle Anerkennung empfangen. Die äußere Mongolei ist jetzt frei, so wie es Korea war, ehe es für China verloren ging, und schon sind die Russen tätig, die in der Diplomatie gänzlich unbewanderten Mongolen in ihren Netzen zu verwirren. Geld, Waffen und russische Beamte werden bereitwilligst zur Verfügung gestellt, militärische Unterstützung wird angeboten, und ein russischer Postdienst verbindet die beiden Zentren der äußeren Mongolei, Uliastutai und Urga. Besorgniserregend ist für China, daß dieser lebensunfähige mongolische Staat offensive Tendenzen zeigt. Der Premierminister des Hutuktu ist Schengsün, ein Mandschu von ausgezeichnetem Ruf, der noch nach der Abdankung des Thrones drohte, mit seinen kampflustigen mohammedanischen Truppen von Kansu aus die wackelige Republik niederzurennen, und der dann nur durch den Verrat seines Generals Maanliang gezwungen worden war, vorläufig von seinen Plänen abzustehen. Schon gärt es wieder in dem mohammedanischen Kansu, und in dem benachbarten Schensi herrscht Teuerung, die Vorläuferin von Revolutionen. Sollte es Schengsün gelingen, von der Mongolei aus den Feuerbrand in diese unruhigen Provinzen zu werfen, so sind die Folgen für das übrige China nicht abzusehen.

In eine unheimliche Tatenlosigkeit hat sich der Japaner eingelullt. Jetzt, wo Europa ihn nicht in Schach halten kann, erwartet man von ihm die schwärzesten Schandtaten. Je länger der Japaner auf sich warten läßt, um so größer wird die Spannung Chinas und um so schärfer die antijapanische Hetze. Vielleicht wartet die japanische Regierung auf eine gute Entschuldigung zum Vorgehen. Die nötigen Vorbereitungen hat sie schon getroffen dadurch, daß sie Briefe veröffentlichte, in denen Chinesen der Südmandschurei um die definitive Einverleibung ihrer Heimat baten. Prinz Katsuras Reise nach Petersburg war nicht umsonst unternommen. Auf das russische Vorgehen in der Mongolei muß jetzt ein japanischer Eingriff in die mandschurischen Verhältnisse folgen. Tschaoerhsün, der fähige Gouverneur von Mukden, einer der wenigen erfahrenen Beamten, die China jetzt besitzt, hat wiederholt seinen Abschied eingereicht und gebeten, nach Peking kommen zu dürfen, um dem Präsidenten persönlichen Bericht über die Lage abzustatten. Dieses hängt sicher mit den Gerüchten über eine baldige Einverleibung der südmandschurischen Halbinsel Liaotung zusammen.

Unterdessen bereitet man sich im Innern für die Wahlen vor. Mitte Dezember sollen die ersten Wahlen und am 10. Januar die zweiten Wahlen erfolgen, und am 10. Februar soll das erste Parlament der chinesischen Republik zusammentreten, um eine Regierung zu wählen. Das Zusammenfallen von Wahlagitation und Neujahrszahlungsforderungen ist übel, sehr übel. Nur Leute, die ihr eigenes Land nicht kennen, konnten solche unglücklichen Termine ansetzen. Glücklicherweise besteht ja eigentlich in den breiten Schichten des Volkes wenig Interesse für den Ausgang der Wahlen, doch die Bewegung soll jetzt künstlich durch Wahlagitationen wachgerufen werden. Die ersten ernsten Dispute sind schon gemeldet worden. Die Radikalen der Provinz Schantung, auf einem früheren Erlaß ihres Gouverneurs fußend, wollen allen Zopfträgern das Bürgerrecht absprechen, und andererseits protestieren die Kaufleute und Handwerker ganz Chinas gegen das Gesetz, nach dem nur der wahlberechtigt ist, der einen unbeweglichen Besitz im Werte von mindestens 500 Dollars hat und direkte Steuern im Betrage von mindestens zwei Dollars bezahlt. Denn durch dieses famose Gesetz werden 50 Prozent der Kaufleute und Handwerker ihres Wahlrechtes beraubt. Die Agitatoren der radikalen Partei, Sunjatsen und Huanghsing, die Juanschikai bei ihrem Besuch in Peking ihre baldige Abreise nach Europa und Japan in Aussicht gestellt hatten, reisen währenddessen im Inland und halten Reden. Dadurch werden sie mehr und mehr in allen Schichten des Volkes bekannt, und Juanschikais Einfluß, der Einfluß des einzigen Mannes, dessen Ruf und dessen Geschicklichkeit China noch in den äußeren und inneren Wirren zusammengehalten haben, droht mehr und mehr zu schwinden. Diese versteckte Wahlagitation gewisser Kreise zielt darauf, Sunjatsen wieder auf den Präsidentenstuhl zu setzen und nach amerikanischem Muster seine Partei zur alleinregierenden zu machen. Andererseits wird im eigenen Lager gegen Sunjatsen Opposition gemacht. Die Mitglieder der Tungmenghui in Südchina klagen ihn öffentlich wegen Unterschlagung an, und Gerüchte sind im Umlauf, daß Huanghsing gegen seinen bisherigen Meister mit Lissanhung eine neue Partei, die Fortschrittspartei, ins Leben gerufen hat. Dies bedeutet ein Zerbrechen der beiden bisherigen Gruppen, viel Geschrei in den Zeitungen und böses Blut in den politisierenden Kreisen. Die Lage ist verworren. China geht jetzt durch eine schwere Krise hindurch, die es entweder zur Heilung oder zum Zerfall führen wird. Das Unglück für das Land ist, daß ihm jetzt die fremde Aufsicht fehlt.

Gerüchte.

In Paris war gestern abend das Gerücht verbreitet, der **Reichskanzler**, Herr v. Bethmann Hollweg, habe seine **Demission** gegeben. Gegen Mitternacht wurde von Pariser Redaktionen bei uns angefragt, ob daran etwas Wahres sei. Das Gerücht ist natürlich entstanden durch die letzte Rede des Staatssekretärs Delbrück, aus der man eine versteckte Opposition gegen Herrn v. Bethmann Hollwegs Standpunkt in der Jesuitenfrage herauslesen konnte. Ein wenig seltsam war auch ein Artikel in der gestrigen Abendnummer der „Deutschen Tageszeitung" mit der Ueberschrift „Eine Kanzlerkrisis", in dem die Konservativen gegen den Vorwurf verteidigt wurden, sie wollten Herrn v. Bethmann Hollweg stürzen, und in dem gleichzeitig von einer „gewissen Nervosität" gesprochen wurde, die sich besonders in der jüngsten Erklärung der „Norddeutschen" über Herrn Delbrücks Rede gezeigt habe. Ganz nebenbei wurde auch gesagt, man nenne als Nachfolger des Herrn v. Bethmann Hollweg den Staatssekretär im Reichsmarineamt, Herrn v. Tirpitz. Und der Artikel schloß mit den geheimnisvollen Sätzen: „In solchen Zeiten, wie den jetzigen, ist nichts bedenklicher als Nervosität. Sie kann leicht dazu führen, daß angebliche und erdichtete Krisen sich zu wirklichen auswachsen." Nervosität und „Unstimmigkeiten" dürften in den höheren Regierungsregionen vorhanden sein. Daß es inmitten der auswärtigen Krisis zu einer Kanzlerkrisis kommen sollte, entbehrt einstweilen der Wahrscheinlichkeit. Eine andere Frage ist, welchen Zweck das agrarische Blatt mit seinem Artikel verfolgt. Sollte es nur gewünscht haben, Herrn v. Bethmann Hollweg von seiner Nervosität zu kurieren und ihn von der „Homogenität" seines Ministeriums zu überzeugen, so war das Mittel wohl schlecht gewählt.

Die Friedensaussichten.

Reschid und Danew über die Friedensaussichten. — Die Türkei will vorerst nicht mit Griechenland verhandeln. — Die Möglichkeit einer Einmischung der Mächte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA **Paris**, 13. Dezember.

Die Delegierten, die nach London zu den Friedensverhandlungen gehen, lassen sich noch immer über ihre Ansichten und Absichten ausfragen, und was sie antworten, klingt nicht gerade versöhnlich. Reschid Pascha, der heute durch Paris kam, erklärte einem Vertreter des „Temps" vor allem, daß die Türkei sich weigere, mit Griechenland zu verhandeln, so lange die griechische Regierung den Waffenstillstand nicht unterzeichnet habe. „Wir können," so sagte der türkische Delegierte, „vernünftigerweise nicht mit einem Staat verhandeln, der mit den Chancen des Krieges rechnet, um die diplomatische Lage zu verbessern." Reschid führte weiter aus: „Wir sind völlig entschlossen, den Frieden nur unter ehrenvollen Bedingungen abzuschließen. Unsere militärische Macht nimmt von Tag zu Tag zu. Wir haben jetzt bei Tschataldscha 170 000 Mann, wir haben Munition in Fülle, und der Gesundheitszustand der Truppen bessert sich täglich. Es liegt also nur eine einfache Unterbrechung der Feindseligkeiten vor, und ohne jeden Zweifel wird der Krieg wieder aufgenommen werden, wenn einer der beiden Teile allzu schwere Bedingungen stellen sollte. Was Albanien anbetrifft, so ist die Regierung in Konstantinopel bereit, die Autonomie dieses Landes unter türkischer Oberhoheit anzuerkennen. Wir wünschen direkt mit den Balkanstaaten zu verhandeln, ohne daß die Großmächte sich einmischen. Wenn aber die Verbündeten Forderungen stellen, die eine direkte Verständigung unmöglich machen, und wenn die Großmächte dann den Wunsch aussdrücken, in der Unterhaltung teilzunehmen, würde die Türkei gern dieses andere Verfahren annehmen." Zum Schluß widersprach Reschid Pascha noch sehr bestimmt der in Frankreich aufgetauchten Behauptung, die Türkei habe sich in ihrem Widerstand von „gewissen Mächten" bestimmen lassen. Gleichzeitig werden die bulgarischen Anschauungen verkündet, die Herr Danew im Schnellzug dem Berliner Korrespondenten des „Temps" gegenüber aussprach, und die genau ebenso energisch klingen. Herr Danew, der übrigens versprach, am Sonntag nach Paris zu kommen, sagte: „Zwei neue Jahresklassen sind unter die Waffen gerufen. Unsere Truppen in Mazedonien sind konzentriert, unsere militärische Lage ist ausgezeichnet und erlaubt uns, klar zu sprechen. Man redet in der Presse von Adrianopel und nennt das einen der delikatesten Punkte der Verhandlungen. Ueber diese Frage gibt es überhaupt keine Diskussion. Der Besitz Adrianopels ist für uns eine conditio sine qua non. Wir gehen, wenn es nötig ist, bis zum Bruche und werden den Krieg wieder aufnehmen." Die bulgarische und die türkische Meinung scheinen, wie man sieht, ziemlich unvereinbar. Ein ganz klein wenig versöhnlicher klingt, was Herr Danew über die österreichisch-serbischen Schwierigkeiten sagte. Der bulgarische Delegierte meinte: „Ich glaube an eine normale Lösung dieses Konflikts. Wenn die Großmächte den Balkanstaaten gemeinsam eine Lösung vorschlagen, so würden ihr die Verbündeten notwendigerweise Rechnung tragen müssen."

Oesterreichs Zustimmung zur Botschafterkonferenz.

Empfang der Friedensdelegierten im Auswärtigen Amt. Italien für eine Beratung der Hafenfrage in London.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 13 Dezember.

Bezüglich der Botschafterkonferenz hört man durch Reuter, daß Oesterreich, als es seine Zustimmung gab, keine Einschränkungen machte. Alle Gerüchte von einem unmittelbar bevorstehenden aktiven Vorgehen Oesterreichs seien falsch. Oesterreich werde für den Augenblick in der serbischen Frage keine Schritte tun. Die Großmächte kennen Oesterreichs Gesichtspunkte bezüglich gewisser auf dem Balkankrieg sich ergebender Fragen, und Oesterreich bewillkommne die Botschafterkonferenz, weil sie helfe, die Dinge zu vereinfachen und Zeit zu sparen, und die Mächte in enger Fühlung halten werde. Der österreichische Botschafter werde nach London zurückkehren, sobald er seine Instruktionen von Graf Berchtold erhalten habe. Heute erschienen die griechischen, serbischen und montenegrinischen Friedensdelegierten im Auswärtigen Amt und wurden von Sir Edward Grey und dem ständigen Sekretär, Sir Arthur Nicholson, empfangen. Darauf gaben sie ihre Karten im Buckinghampalast ab und fuhren zu den Botschaften und zum Lordmayor. Als die Friedensdelegierten das Auswärtige Amt verließen, waren sie in äußerst aufgeräumter Stimmung, erzählt mir jemand, der zufällig dort war. Ein gefährlicher Felsblock konnte auf den Weg der Konferenz herabrollen, wenn das Waffenstillstandsprotokoll von Griechenland nicht unterzeichnet wird. „Solange das nicht geschieht," meldet das Reutersche Bureau aus Konstantinopel, „haben die türkischen Delegierten Auftrag, mit den griechischen Delegierten nicht zu beraten."

Rom, 13. Dezember.

Die offiziöse „Tribuna" erfährt: „Während Oesterreich bekanntlich die serbische Hafenfrage von der Londoner Konferenz ausschließen will, wünscht Italien vielmehr, daß auch diese Frage auf der Botschafterkonferenz besprochen werde. Es scheint, daß die